



Manager an die kurze Leine

Thomas Minders **Volksinitiative** «gegen die Abzockerei» wird in Bern eingereicht – Aktienrechts-Revision als Gegenvorschlag?

Die ziemlich unangenehme Nachricht für die «Abzocker» unter den Managern: Die Volksinitiative, die exzessive Saläre unterbinden soll, ist eingereicht worden.

GEORG FARAGO

Eines will Thomas Minder unbedingt klarstellen: Die Volksinitiative «gegen die Abzockerei» sei ein urbürgerliches Anliegen. Der Schaffhauser Unternehmer will dem Aktionär zu seinem Recht verhelfen. So sieht die Initiative, die gestern in Bern mit 118583 Unterschriften eingereicht wurde, nicht etwa eine Plafonierung der Managersaläre vor, sondern Instrumente, die den Aktionären börsenkotierter Unternehmen eine bessere Kontrolle des Führungsteams ermöglichte.

Vor dem Gang zur Bundeskanzlei legten Minder und seine Mitarbeiter dar, was sie im Detail anstreben. So soll die Generalversammlung jährlich über die Gesamtsumme aller Vergütungen – also des Verwaltungsrats, der gesamten Geschäftsleitung und des Beirats – abstimmen, nicht aber über individuelle Gehälter. Weiter sollen der

Präsident und die Mitglieder des Verwaltungsrats einzeln gewählt werden. Einzeln sollen auch die Mitglieder des Vergütungsausschusses gewählt werden. In den heutigen Ausschüssen finde man oft ein Kollegentum aus Polit- und Wirtschaftsfilz, das sich nach dem Motto «Gibst du mir, so gebe ich dir» Topgehälter und Aufträge gegenseitig zuschanze.

Gegen «goldene Fallschirme»

Verboten werden sollen Abgangsentschädigungen. Damit die «goldenen Fallschirme» nicht über die Hintertür wieder eingeführt werden, soll die Generalversammlung über die Dauer der Arbeitsverträge bestimmen. So will Minder langjährige Arbeitsverträge wie den Zehnjahresvertrag von Daniel Vasella verhindern. Was er von Vasella hält, sagte Minder unverblümt: Für ihn ist der Novartis-Chef «Feindbild Nummer eins», weil dieser damit angefangen habe, die Managergehälter in groteske Höhen zu treiben.

Ein weiterer «Hauptgegner» ist der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Er propagiere seit Jahren das Prinzip der Selbstregulierung und setze auf Empfehlungen, obwohl die ungebremst hochschnel-

lenden Saläre bewiesen, dass man auf das Verantwortungsbewusstsein der Manager nicht bauen könne: «Es ist einfacher, an den Osterhasen zu glauben, als an die Selbstregulierung.» Dass die Economiesuisse mit ihrer Kriegskasse gegen die Initiative antreten wird, ist für den Chef der Neuhausener Trybol AG klar. Minder bemüht sich dennoch unentwegt um bürgerlichen Sukkurs und erhält ihn nach eigenen Angaben an der Basis: «Der Aktionär lechzt danach, dass der Gesetzgeber einschreitet.»

Doch weder die SVP noch die FDP oder die CVP wollen mit der Initiative zu tun haben. Unterstützt wird sie nur von der SP, den Grünen, der EVP und den Schweizer Demokraten. Auf regionaler Ebene sieht es aber anders aus. So steht im Kanton Schaffhausen die SVP dahinter, im Kanton Luzern die FDP, im Kanton Zürich sind es die Grünliberalen, im Kanton St. Gallen ist es die Junge SVP. Zudem genieße er den Sukkurs «sehr vieler KMUs», so Minder. Doch auch auf Bundesebene treten die Bürgerlichen nicht geschlossen gegen die Initiative an. Unterstützung findet diese bei FDP-Politikern wie dem Berner Unternehmer und Nationalrat Johann

Schneider-Amman, aber auch bei zahlreichen SVP-Exponenten wie den Nationalräten Toni Bortoluzzi (ZH) und Lukas Reimann (SG), den Ständeräten Maximilian Reimann (AG) und Hannes Germann (SH).

Gegentwurf zur Revision

In den Räten wird man die Abzocker-Initiative zwangsläufig gegen die Aktienrechts-Revision abwägen. Den Entwurf zur Reform, die die Aktionärsrechte stärken soll, stellte Christoph Blocher in der letzten Woche seiner Amtszeit vor. Den Befürwortern der Initiative gehen Blochers Vorschläge freilich nicht weit genug. So erhält die Generalversammlung kein zwingendes Mitspracherecht bei der Salärsumme, und weiterhin bestimmt der Verwaltungsrat sein eigenes Gehalt. Als Mitglied der vorberatenden Rechtskommission hofft der St. Galler Nationalrat Lukas Reimann aber, dass die Vorlage unter dem Eindruck der populären Abzocker-Initiative verschärft und zu einem indirekten Gegenvorschlag ausgebaut wird. Für Kommissionspräsidentin Gabi Huber (fdp, UR) ist die Initiative ein unpraktikables Mittel. Ob deswegen die Revision angepasst werden müsse, sei offen.



Der Bund

27.02.2008

Auflage/ Seite

60500 / 5

Ausgaben

300 / J.

Seite 2 / 2

9071

6261159

EVD / PD / UVEK / EFD / EDI



Unternehmer Thomas Minder hat **grosse Feindbilder**.